

Zeit - dass sich was bewegt!

Sehr geehrte Wählerinnen und Wähler,

am 8. Oktober 2006 haben Sie als Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, den Oberbürgermeister von Esslingen, in einer Direktwahl zu wählen und damit die Weichen für die weitere Zukunft der Stadt Esslingen zu stellen.

Ich möchte Sie gerne über meine politischen Forderungen informieren und Sie an meinen Gedanken für die Stadt Esslingen am Neckar teilhaben lassen.

Mit Ihrer Hilfe möchte ich mit Verantwortungsgefühl, Augenmaß und Leidenschaft die Zukunft Esslingens mitgestalten. Die jetzige Führung im Rathaus hat ihren inneren Antrieb verloren, sie steht für Routine und Parolen, Mut- und Ideenlosigkeit, polarisiert und ist satt und träge geworden.

Ich möchte mich den vermeintlich wirtschaftlichen Sachzwängen nicht beugen, sondern entschlossen gegen die scheinbaren Marktzwänge ankämpfen.

Ich setze auf die Präsenz von fachlicher Kompetenz eines großen Teams im Rathaus. Esslingen braucht wieder eine Vision, an der sich alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen können. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Stimme.

...bürgerschaftliches Engagement und Mitverantwortung...

An der Kommunalpolitik fasziniert mich besonders, dass es um praktische Problemlösungen in enger Abstimmung mit den Menschen vor Ort geht. Als Oberbürgermeisterkandidat werbe ich um die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger und ihre Bereitschaft zur Mitverantwortung an der Gestaltung unserer Stadt. Denn moderne Kommunen können ohne dieses bürgerschaftliche Engagement nicht mehr funktionieren.

Ihre Mitwirkung in sozialen Einrichtungen, bei der Feuerwehr, in Kulturinitiativen, in Sportvereinen, in den Kirchengemeinden oder in städtischen Beiräten und Kommissionen bereichern unsere Stadt mit immer neuen Ideen.

Und sie stärkt den sozialen Zusammenhalt vor Ort in einer globalisierten Welt.

... Wirtschaftsstandort Esslingen stärken – Arbeitsplätze haben ...Priorität!

Als schwerer Verlust für die Stadt Esslingen, hatte sich die Werkschließung von Panasonic in Esslingen-Zell erwiesen. Der Wegfall von 580 Arbeitsplätzen und die damit verbundenen ökonomischen Auswirkungen auf die betroffenen Familien sowie auf Handel und Gewerbe, wirkten sich nicht nur negativ auf das soziale Leben in der Stadt aus. Sie hatte auch zur Folge, dass das Image der Stadt als Wirtschaftsstandort in der Öffentlichkeit weiter beschädigt wurde. Was bei anderen Werkschließungen möglich war - nämlich bei Wegfall des Produktes eine Alternativproduktion einzuführen - ist hier kläglich gescheitert.

Panasonic ist deshalb besonders typisch, weil OB-Amtsinhaber Dr. Zieger in seinem Wahlkampf bereits 1997(!) in seinen Wahlprospekten für Arbeitsplätze warb, wie er sie in Neckarsulm geschaffen habe. Er ließ sich vom damaligen Wirts-Minister Dr. Döring amtlich unterstützen und dem damaligen Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schade, er versprach für Panasonic eine vierte Schicht mit weiteren 350 Arbeitsplätzen - die niemals kamen und nie mehr kommen.

Anstatt dass damals gleichzeitig die Neckarwiesen städteplanerisch aufgewertet wurden, konzentrierte er das bisschen städtische Wirtschaftsförderung auf das fragwürdige und teure Life Science mit Gen-Forschung und wenigen Arbeitsplätzen.

...vernetzen und kommunizieren...

Der Erhalt und Aufbau von Arbeitsplätzen müssen ein Schwerpunkt sein. Deshalb ist es sinnvoll, ein Netzwerk der Kommunikation als eine Art Frühwarnsystem zu installieren, um im ständigen Dialog mit den Verantwortlichen der Unternehmen, den Interessensvertretern der Belegschaften und den Gewerkschaften zu stehen um frühzeitig Strategien zu ermöglichen der den Verlust bzw. die Abwanderung von Arbeitsplätzen verhindert.

Dieses Netzwerk muss darüber hinaus als eine Einrichtung - zuständig für alle Belange - auf kommunaler und sozialer Ebene verstanden werden.

Wichtig ist es die soziale Kompetenz, das know how und die Erfahrungen unserer Bürgerinnen und Bürger zu bündeln. Heutzutage ist es üblich, für viel Geld, Gutachter und Unternehmensberater zu beauftragen um Einsparmöglichkeiten, vor allem im sozialen Bereich zu definieren.

Dies bedeutet in der Regel die Privatisierung der bisher städtischen Aufgaben, einhergehend mit dem Abbau von Arbeitsplätzen. Öffentliche Aufgaben werden privatisiert, Arbeitslosigkeit sozialisiert. Der herrschende neoliberale Kurs der Privatisierung in Eigenbetriebe fördert die Arbeitslosigkeit, zwingt Esslingen zur Reduzierung von erforderlichen Investitionen zum Schaden der Allgemeinheit. Das beste Beispiel hierfür ist die Pseudo- Privatisierung im Energiesektor. Es darf keine weiteren Kürzungen im sozialen Bereich, in Kultur, Wissenschaft und Bildung auf Kosten der Mehrheit der Bewohner der Stadt geben!

...Wirtschaftsstandpunkt Esslingen...

Ein Zusammenschluss von Politik, Verwaltung, Forschung, Bildung und Wirtschaft könnte dazu dienen, einen neuen Wirtschaftsstandort für die wachsende, alternative Energiewirtschaft (z.B. Solarenergie) zu etablieren. Dieser Zusammenschluss dient dazu, die Wirtschaftstätigkeit und Innovation in Esslingen zu fördern und eine Profilierung in der Region zu erzielen.

Aus ökonomischer Sicht gilt es ein Netzwerk von Produzenten, Zulieferern, Forschungseinrichtungen (z. B. Hochschule für Technik, die bisher viel zu sehr von den SPD-Oberbürgermeistern Bauer und Zieger ignoriert wurde), Dienstleister (z. B. Design- und Ingenieurbüros) und verbundenen Institutionen (z. B. Handelskammer) mit einer gewissen regionalen Nähe zueinander zu verknüpfen und anzusiedeln, die über gemeinsame Austauschbeziehungen entlang einer Wertschöpfungskette (z. B. Automobilproduktion) gebildet werden.

Die Mitglieder stehen dabei über Liefer- oder Wettbewerbsbeziehungen oder gemeinsame Interessen miteinander in Beziehung. Wenn sich erst mal eine kritische Masse von Firmen in räumlicher Nähe zueinander befindet, deren Aktivitäten sich entlang einer oder mehrerer Wertschöpfungsketten ergänzen oder miteinander verwandt sind, dann erst kann unter dieser Bedingung ein Wachstumspool entstehen, der auch Zulieferer und spezialisierte Dienstleister anzieht und Wettbewerbsvorteile für alle beteiligten Firmen und vermehrt Arbeitsplätze schafft.

Diese Wettbewerbsvorteile basieren in der Regel auf Gemeinsamkeiten, verbesserter Arbeitsteilung und Verknüpfungen zwischen den beteiligten Firmen und Institutionen. Gemeinsamkeiten bestehen z. B. beim gemeinsamen Interesse an lokal verfügbarem Personal und seiner Qualifizierung.

Entscheidend für die gesteigerte Innovationskraft dieses neuen Wirtschaftsstandortes ist aber das Ausmaß des impliziten, wettbewerbsrelevanten Wissens, das zwischen den Akteuren verteilt ist. Es wird über informelle Kontakte und Arbeitsplatzwechsel ausgetauscht und schafft so neue, innovative Anwendungsmöglichkeiten.

... Privatisierung bedeutet Arbeitsplatzverluste ...

Keine weiteren Kürzungen oder Privatisierungen wie Neckarwerke und Wohnbau Esslingen. Denn jede Privatisierung bedeutet Arbeitsplatzverlust und die Einflussnahme auf Mitbestimmung der Bürger wird unmöglich gemacht. Dies bedeutet einen langsamen aber stetigen Abbau von Demokratie und in den meisten Fällen eine Verteuerung des Angebots bei schlechterer Leistung.

Hier ist an eine Rekommunalisierung der Neckarwerke gedacht, denn was nicht mehr voll da ist kann auch keine vollen Einkünfte mehr bringen. Ein-Euro-Jobs müssen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden, so sinken die öffentlichen Kosten für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit. Dies entlastet die Kommune mittelfristig durch steigende Steuereinnahmen und sinkende Sozialausgaben.

Weitere 3 Millionen Euro sollen nach dem Haushaltsplan bei den Personalausgaben gespart werden. Schwerpunkte müssen in den Erhalt, die Sicherung und die Stärkung aller städtischen Leistungen gesetzt werden.

Durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 80 Millionen Euro – das entspricht jährlich 8 Millionen Euro - für die nächsten zehn Jahre - und sind etwa 4% Prozent des laufenden Haushaltes, muss die Stadt als öffentlicher Auftraggeber und Arbeitgeber ihrer wirtschaftlichen Rolle wieder gerecht werden, welches sie in den letzten sieben Jahren durch die Nichtaufnahme von Investitionskrediten eben nicht getan hat.

Hier muss zuallererst in den Umbau aller öffentlichen Gebäude auf Passivenergiehausstandart investiert werden, denn dies senkt die öffentlichen Ausgaben im Energiebereich sofort und dient dem Werterhalt und Wertsteigerung der Gebäude. Gleichzeitig dienen die Aufträge den Firmen in der Stadt und dessen Umfeld, sorgen für Arbeitsplatzert halt, Schaffung neuer Arbeitsplätze und mehr Steuereinnahmen.

Die Stadt muss alle geeigneten Freiflächen ihrer Gebäude, für die Nutzung von Solarenergie verpachten und zur Verfügung stellen, denn dies bringt dem Haushalt langfristig und sofort sichere Einkünfte. Vorrangig werden alle Schulen auf Passivhaus und Solarenergie umgebaut und im Zuge dieser Baumassnahmen auf eventuelle Erweiterung für den Ganztagsunterricht berücksichtigt. Wurden während der Amtszeit des OB Bauer noch 600 Wohnungen jährlich gebaut, so sank die Erstellung neuer Wohnungen unter der jetzigen Führung auf unter 300 jährlich. Allein dieser Rückgang bedeutet ein Minus von Investitionen in Höhe Hunderten Millionen Euro

Auch das ist ein Beispiel verhängnisvollen Einzelkämpfertums an der Verwaltungsspitze: selbst Stuttgart gelang es 2005, für die Hälfte der Schulen aus dem Bundesprogramm über 10 Millionen Euro zu erhalten: Die Stadt Esslingen kommt zu spät und verliert dadurch mindestens etwa 3,5 Millionen Euro Bundeszuschüsse, also 7 Millionen Mark nach alter Rechnung für das politisch höchste Ziel!

Selbstredend sind alle öffentlichen Beleuchtungskörper mit Energiesparlampen umzurüsten. Dies dürfte ein weiteres großes Einsparpotential der öffentlichen Ausgaben ausmachen. Die Umstellung auf Erdwärme, Holzhäckselanlagen, Solaranlage oder sonstige Bioheizungen zur Wärmeenergiegewinnung müssen durch Energiegutachten bestimmt werden.

Die Erzeugung von Warmbrauchwasser durch alternative Energieerzeugung hat eine sofortige Ausgabenentlastung und die Stromerzeugung durch alternative Energieerzeugung eine sofortige, laufende Einnahmequelle. Nimmt man die Investitionen beider Energiegewinnungsarten zusammen so könnten diese sich in 8 bis 9 Jahren amortisiert haben. Die Einnahmen können vollständig zum Schuldenabbau verwendet werden.

...der Mensch ist das wichtigste...

Die Bedürfnisse der Bevölkerung müssen im Mittelpunkt stehen!

Einsparungen in einer geplanten globalen Minderausgabe, a la dem Rasenmäherprinzip, treffen auch die für die Bevölkerung gedachten Institutionen. Allein die Volkshochschule Esslingen muss im Jahr 2007 die Zuschusskürzung des armen Landes BW mit einem Einnahmerückgang von ca. 14.000 Euro verkraften. Dies kann nur durch Kursstreichungen oder Personalabbau bewältigt werden und würde die Erwachsenenbildung und die so oft geforderte Migrantenförderung ebenfalls treffen und ist zurückzunehmen.

Der bisherige Haushaltsplan lässt keine Rückschlüsse zu bei welchen Sparten diese globalen Einsparungen in Höhe von 735.000 Euro vorgesehen sind. Gerade bei den freiwilligen Leistungen und den kommunalen Freizeitangeboten darf es keine Kürzung oder Preiserhöhung geben. Der Rückstau der Straßeninstandhaltung und Erneuerung muss sofort in Angriff genommen werden, denn auch hier zeigt sich jede weitere Verzögerung wird letztendlich noch teurer.

Beim Erneuern der Straßen ist darauf zu achten dass, wenn möglich aus bestehenden Längsparkplätzen Querparkplätze werden; für Begrünung der Seiten gesorgt wird und Kreuzungen zum Kreisverkehr ausgebaut werden. Dies verkürzt die Haltezeit im Kreuzungsbereich und senkt somit die Schadstoffbelastung der Anwohner. Ein LKW Durchfahrtsverbot soll ebenfalls der Schadstoffreduzierung sowie der Lärminderung der Anwohner und vor allem der Verkehrsreduzierung in Weil dienen.

Im Zuge dieser Sanierungsmassnahmen müssen auch die öffentlichen Kinderspielflächen erneuert und begrünt werden, denn sie dienen nicht nur den Kindern und deren Freizeitgestaltung sondern können kleine grüne Oasen innerhalb der städtischen Gebiete bilden und somit für ein besseres Klima sorgen indem die Pflanzen Schadstoffe aufnehmen. Der barrierefreie Zutritt zu allen Gebieten der Stadt steht ebenfalls im Vordergrund, so müssen die Aufzüge am kleinen Markt und in der Pliensauvorstadt dafür sorgen, dass Behinderte, Mütter mit Kinderwagen und ältere Mitbürger/innen jederzeit benutzt werden können.

Am Bahnhof müssen auf jeden Fall öffentliche Sanitäreinrichtungen mit Behindertentoilette errichtet werden. Ein Wickelraum für Mütter sorgt ebenfalls für einen familiengerechten Charakter der Stadt und Stellplätze für Fahrräder dürfte dies wohl noch positiv unterstreichen.

Die städtische Busse müssen auf Niedrigenergie umgerüstet werden - und bei Neuanschaffungen auf diese Merkmale geachtet werden. Stuttgart hat mit einem Versuch mit Niedrigenergiebussen positive Erfahrungen gemacht. Diese Erfahrungen sollte sich auch die Stadt Esslingen zunutze machen.

Zu einer familiengerechten Stadt gehört auch, dass ein Busfahrplan so gestaltet wird das auch gerade am Wochenende ein Taktfahrplan bis mindestens 24 Uhr gewährleistet ist und das Ruftaxiangebot ausgebaut wird. Bei den Neubaugebieten sind entsprechende Haltestellen einzurichten.

Um dem Umweltschutz in den geplanten oder schon im Bau befindlichen Neubaugebieten gerecht zu werden müssen auch hier die neuesten Standards der Solarenergie, der Erdwärme und Passivenergiebauweise umgesetzt werden.

Aus den Erfahrungen der Naturschützer sollte man schöpfen und eine vielseitige Begrünung mit heimischen Pflanzen verlangen und die Nutzung des Regenwassers fördern. Auch hier sollte behindertengerechtes und generationsübergreifendes Bauen und in bereits bestehenden Gebäudebeständen bei deren Sanierung oder Umbau, dies gefordert und verlangt bzw. umgesetzt werden. Bei Mobilfunkanlagen muss eine Reduzierung der Strahlenintensität Vorrang haben und die Standortsuche mit Bürgerbeteiligung erfolgen.

...miteinander leben ...

Das Aufbrechen von städtischen Quartieren mit hohem Anteil ausländischer Mitbürger/innen muss behutsam begonnen und ein gesunder Mix aus deutschen und ausländischen Mitbürgern/innen angestrebt werden. Dies dient der Integration und der Auflösung der Isolation verschiedener Volksgruppen.

Aber auch hier muss die Stadt mit öffentlichen Angeboten für ausländische Mitbürger/innen und gerade aber auch für ältere Menschen und Jugendliche durch nahe örtliche Präsenz (z.B. Volkshochschule, Beratungsbüros) und durch Freizeitangebote (selbstverwalteten Räume für Jugendliche, Treffpunkte für Jung und Alt und Ganztagsbetreuung von Schülern auch während der Ferien) aktiv werden.

Die Stärke einer Stadt zeigt sich eben auch und gerade dadurch, wie diese Gesellschaft mit ihren schwächeren Mitgliedern umgeht. Ausgrenzung von Teilen der Gesellschaft, Privatisierung von und Profitorientierung bei Grundbedürfnissen der Daseinsvorsorge sind der völlig falsche Weg. Eine familiengerechte Stadt muss für die Menschen hier erschwinglich und auch bezahlbar sein und bleiben. Die Stadt muss vielmehr auf der Seite der vom Sozialabbau Betroffenen stehen.

Auch Esslingen kämpft mit der allgegenwärtigen Lärmbelästigung des Verkehrs und muss sich gegen den Ausbau der 2. Landebahn am Flughafen Echterdingen aussprechen, da selbige nach Ost-West ausgerichtet ist, d.h. der Flugverkehr über Ostfildern Esslingen hinweg führt. Dass man neben der B 10 Autobahn nun auch noch innerstädtisch auf der anderen Neckarseite eine „Gleis 1 Trasse durchzieht und dafür über 21 Millionen Euro investiert, ist unververtretbare Umweltbeeinträchtigung. Feinstaubmessungen ergaben beim neuen „entgrünten“ Stadthotel Spitzen- Unwerte für Baden Württemberg; kein Wunder, dass dort in der Regel Hotel-Gäste nur für 1 Nacht bleiben.

...Zukunft Kinder...

Esslingen hinkt im Ausbau der Ganztagsbetreuung hinterher. Die Versorgungsquote liegt mit 7,79%, also 287 Plätze, weit unter der Quote von 20%, welche nach einer Berechnung von 2005, mit 737 Betreuungsplätzen als Bedarf, ermittelt wurde. Auch hier hat sich die Stadt Esslingen keines Ruhmesblattes würdig gemacht.

Hätte sie IZBB- Mittel beim Bund, beantragt, wären 6 Millionen Euro vom Bund gekommen. Die logische Konsequenz ist nach den oben beschriebenen Umbauarbeiten an den Schulen und Kindergärten, weitere Ganztages- und Betreuungsplätze, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, zu schaffen. Hierfür ist natürlich mindestens 1 Million Euro jährlich, aus dem Investitionsprogramm, zusätzlich zu den bereits geplanten Ausgaben in Höhe von etwas über 2.320.000 Euro des Haushaltes, im Jahr 2007, für Umbauten und Renovierungen zu investieren.

Bis jetzt ist es der Stadt gelungen einen ausgeglichenen Kernhaushalt mit Schulden in Höhe von 9,7 Millionen Euro vorzulegen. Mit dem Investitionskredit in Höhe von 80 Millionen Euro würden sich die Schulden im Kernhaushalt also auf knapp 90 Millionen Euro belaufen.

Diese werden komplett durch die Einnahmen und Einsparungen im Energiesektor, durch den Umbau der öffentlichen Gebäude auf Passivenergiehausstandard und deren Flächenvermarktung getilgt.

Der bis jetzt vorgelegte Haushaltsbericht hat allerdings einen Schönheitsfehler, weil städtische Darlehen auf Eigenbetriebe umgeschichtet wurden. Der Schuldenabbau im Kernhaushalt ist also lediglich eine formelle Übertragung der Schulden auf die Eigenbetriebe. So hat nämlich Esslingen nicht wie ausgewiesen 9,7 Millionen Euro Schulden sondern mit den Schulden der Eigenbetriebe in Höhe von 210,6 Millionen Euro, einen tatsächlichen Schuldenstand von 220,3 Millionen Euro, ohne die nur im Verwaltungshaushalt ausgewiesenen Kassenkredite von 20 Millionen Euro.

Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen ist ein wesentlicher Bestandteil der neoliberalen Ideologie. Private würden es besser und billiger machen. Außerdem würde der Markt schon alles regeln und Entstaatlichung wäre positiv für die Wirtschaft. Die Beispiele in anderen Städten und in Esslingen beweisen das pure Gegenteil. Die Märkte regulieren gar nichts. Private haben in erster Linie Interesse daran, dass sich ihre Investitionen lohnen und sie hohe Gewinne machen. Das ist jetzt schon erkennbar durch die höheren Strom- und Gaspreise. Im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge (Gesundheit, Erziehung, Bildung, öffentlicher Personennahverkehr) haben diese Interessen nichts verloren.

...Daseinsfürsorge und Mitbestimmung...

Bei der Privatisierung gibt es darüber hinaus nicht nur die Flucht vor Tarifverträgen, sondern auch von der öffentlichen Kontrolle. Bei öffentlichen Einrichtungen können die Bürger/innen über ihre gewählten Gemeinderäte oder gar über Bürgerbegehren/Bürgerentscheide Einfluss nehmen. Dieser Einfluss schwindet bei Privaten bis zur Unkenntlichkeit.

Viele Menschen in Esslingen sind auf öffentliche Dienstleistungen, auf die öffentliche Daseinsvorsorge dringend angewiesen. Nur wer viel Geld hat, kann Bildung, Gesundheitsversorgung, Mobilität, die Pflege im Alter -und vieles andere mehr- privat bezahlen.

Die überwiegende Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger kann das nicht. Deshalb muss für den Ausbau der öffentlichen Grundversorgung und gegen deren Privatisierung gesorgt werden. Deshalb müssen die Neckarwerke rekommunalisiert werden.

Ich trete für den Ausbau der direkten Demokratie, für die Erleichterung von Volks- und Bürgerentscheiden bzw. Bürgerbegehren nach dem Vorbild Bayerns, ein. Es ist nicht selten, dass in der Bevölkerung großer Sachverstand über wichtige Themen vorhanden ist und Bürgerinitiativen sich meist mehr Kompetenz angeeignet haben, als ihre Vertreter/innen in den Gemeinderäten. Konkret möchte ich für das Haushaltsjahr 2007 sofort die Weichen stellen, und den Bürgerausschüssen und Ortschaftsräten, die man brutal beschnitten hat, einen Grundstock eigener finanzieller Entscheidungen zur Verfügung stellen.

...Bürgerentscheide und Europäische Union...

Konkret würde ich für das Haushaltsjahr 2007 sofort die Weichen umlegen, dass ich, den Bürgerausschüssen und Ortschaftsräten, die man brutal beschnitten hat, einen

Grundstock eigener finanzieller Entscheidungen zur Verfügung stellen würde. So müssen auch Sonderprogramme des Bundes in andere Stadtteile fließen dürfen. Durch einen Bürgerhaushalt erleben sich die Bürger/innen als Mitgestalter ihres Lebensumfeldes und es muss dadurch ein Schnittstellen-Management von Politik und Verwaltung zu bürgerschaftlicher Mitwirkung geschaffen werden.

Bis zu 80 Prozent aller EU-Richtlinien haben Einfluss auf die Kommune. Die Stadt Esslingen verliert jeden Tag einen Teil ihrer Souveränität: Denn viele Entscheidungen trifft heute nicht mehr der Gemeinderat, sondern die Europäische Union. Esslingen braucht eine eigene Stelle für Europafragen. Eine Aufgabe dieser Stelle um ist es, sich als Schnittstelle für Infos rund um Europa zu etablieren. Dort werden die Debatten in Brüssel verfolgt, verarbeitet und an die betroffenen Ämter weitergegeben - so soll in allen Ämtern "Europakompetenz" entstehen. Umgekehrt können sich auch Unternehmen und Einrichtungen bei dieser Stelle Rat holen. Neben diesen grundsätzlichen Bestrebungen muss es Esslingen aber bei seiner Europapolitik auch darum gehen, Fördermittel einzuwerben, z.B. für die Revitalisierung von Industriebranchen.

Mit Blick auf die Liberalisierung der Märkte stellt sich schon die Frage, ob nicht die Eigenbetriebe eine Konzession entrichten sollen. Des weiteren müssen durch massive, unangemeldete Steuerprüfungen, in allen Branchen, bis jetzt entgangene Steuern eingefordert werden, um durch die zu erwartenden Steuereinnahmen einen weiteren Zufluss von Geldern und den Schuldenabbau, auch ohne den Wegfall von Ausbildungsplätze, andere Arbeitsplätze im Gartenbau, anderen Feldern der städtischen Aufgaben und im öffentlichen Dienst, zu erreichen.

Zum Schluss steht noch die Verlängerung oder Umschuldung von Krediten um möglichst günstige Konditionen zu erhalten und den laufenden Haushalt zu entlasten.

Mischen Sie sich mit ein, entscheiden Sie sich für eine zukunftsorientierte Politik in Esslingen!

**Herzlichst
Ihr**

Thomas Mitsch